

Das Wahljahr der großen Wende? Von den Landtagswahlen im Jahre 2005 zur Neuwahl des Bundestages

Eckhard Jesse

1. Einleitende Überlegungen

Nach den fünf Landtagswahlen und der Europawahl im Jahre 2004 (Jesse 2004; Hirscher 2005) wurde das folgende Jahr als ein wahlarmes Jahr angesehen. Zwei Landtagswahlen standen auf der Tagesordnung: in Schleswig-Holstein und in Nordrhein-Westfalen. Doch nun werden die Bürger der Bundesrepublik noch in diesem Jahr eine vorgezogene Bundestagswahl erleben. Überraschend für alle trat nach dem für die SPD verheerenden Ausgang der Wahl im bevölkerungsreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen Bundeskanzler Gerhard Schröder die Flucht nach vorn an und sprach sich dafür aus, über eine gescheiterte Vertrauensfrage im September Neuwahlen herbeizuführen.

Der folgende Beitrag geht einerseits den ähnlichen Trends der beiden Landtagswahlen nach, andererseits ihren Folgen. Zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland löste das Ergebnis einer Landtagswahl eine Neuwahl im Bund aus. Was sind die Gründe für die Verluste der SPD gewesen und damit für das Ende der letzten rot-grünen Koalition? Ist Schröders Reaktion ein geschickter Schachzug oder eher das Eingeständnis seines Scheiterns? Mit welchen Programmen warten die Parteien auf? Inwiefern haben sich die Konstellationen der Parteien geändert? Welche Koalitionsoptionen bieten sich ihnen bei der dritten vorgezogenen Bundestagswahl nach 1972 und 1983 an?

2. Landtagswahlen in Schleswig-Holstein

Fünf Monate nach der Landtagswahl in Sachsen und drei Monate vor der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen fand am 20. Februar der Gang zur Wahlurne in Schleswig-Holstein aus zwei jeweils bundespolitischen Gründen große Aufmerksamkeit. Würde es als eine Art Vorbote der Bundestagswahl 2006 zu einem Regierungswechsel kommen, und könnte sich der Aufschwung der NPD nach dem sensationellen Ergebnis von 9,2 Prozent im Freistaat Sachsen auch in einem westlichen Bundesland fortsetzen?

In Schleswig-Holstein stellte die CDU von 1950 bis 1988 den Ministerpräsidenten, die SPD regierte danach: erst mit Björn Engholm, der Uwe Barschel abgelöst hatte¹, später, von 1993 an, mit Heide Simonis, der bisher einzigen Ministerpräsidentin eines Bundeslandes. Die oppositionelle CDU unter Volker Rühle sah bei der Landtagswahl im Jahre 2000 wie der Sieger aus, bis durch die mit dem Namen von Helmut Kohl verbundene Spendenaffäre ein Einbruch entstanden war (Mnich 2001). Diesmal schien sich die Entwicklung von vor fünf Jahren zu wiederholen, auch wenn kein spezifisches Ereignis, sondern eine personelle Komponente einen Regierungswechsel verhindern sollte. Die SPD konnte mit dem Ansehen ihrer Ministerpräsidentin wuchern. „Eine wie keiner“ (Heide Simonis) kam besser an als „Einer von uns“ (Peter Harry Carstensen). Ungeachtet aller Probleme (eine bundesweite Arbeitslosigkeit von über fünf Millionen ist ein Menetekel) schien keine Wechselstimmung zu bestehen, wie die Daten der Meinungsforschung zeigten: Die SPD führte vor der CDU. Da die Grünen und die Liberalen mit ihren Stimmenanteilen eng beieinander lagen, sprach mehr für Rot-grün als für Schwarz-gelb.

Wahlforschern standen die historischen Erfahrungen vor Augen, was einen Erfolg von Rechtsaußen betraf. Wie der deutsch-amerikanische Soziologe Rudolf Heberle gezeigt hat (Heberle 1963), bildete Schleswig-Holstein eine frühe Hochburg der Nationalsozialisten. Die protestantisch geprägte Landbevölkerung lief frühzeitig zu ihnen über. Da wahlbestimmende Faktoren wie die Bindung an die Kirche und die Arbeiterschaft in Schleswig-Holstein eine geringere Rolle als in anderen Ländern spielen, ist die Parteiidentifikation hier unterentwickelt, die Wählermobilität größer. Obwohl nach dem Zweiten Weltkrieg Schleswig-Holstein ein „Flüchtlingsland“ war, konnte der parteipolitische Rechtsextremismus wegen der Stärke des „Blocks der Heimatvertriebenen“ (1950: 23,4 Prozent) und der Deutschen Partei (1950: 9,6 Prozent), die sich vor allem an die Einheimischen gewandt hatte, nicht von den demographischen Umwälzungen profitieren. Im Zuge der Erfolge des parteipolitischen Nationalismus in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre zog die NPD 1967 mit 5,8 Prozent in das schleswig-holsteinische Landesparlament ein. Danach fiel die Partei in die Bedeutungslosigkeit, wiewohl ein Ergebnis von 1,2 Prozent bei den Wahlen 1988 das zweitbeste der NPD in den achtziger Jahren war. 1992 zog die DVU unter ihrem Spitzenkandidaten Ingo Stawitz mit 6,3 Prozent in das Landesparlament ein. Sie kehrte allerdings bald dem Münchner Vorsitzenden Gerhard Frey den Rücken und bildete ab 1993 eine Fraktion der „Deutschen Liga für Volk und Heimat“. Während diese bei der nächsten Wahl nur auf 0,2 Prozent kam, erhielt die DVU immerhin 4,3 Prozent.

Als einzige Partei aus dem Rechtsaußenspektrum trat die NPD an. Kein anderes westdeutsches Flächenland wies mit fast 13 Prozent eine so hohe Arbeitslosenquote wie Schleswig-Holstein auf; und auch bei der Pro-Kopf-Verschuldung bildete das Land das Schlusslicht. Angesichts des sensationell guten Abschneidens der NPD bei der Landtagswahl in Sachsen galt daher die besondere Aufmerksamkeit dieser Partei. Regionale Themen spielten für die NPD keine Rolle, wohl aber diejenigen, die in Sachsen so gut verfangen („Quittung für Hartz IV“; „Schnauze voll – jetzt NPD“). Sie setzte auf Sozialpopulismus, weniger auf Ausländerfeindlichkeit. Gleichwohl scheiterte die NPD klar an der Fünfprozenthürde. Die Auseinandersetzung zwischen Rot-grün und Schwarz-gelb schwächte die Partei ebenso wie das oppositionelle Wirken der CDU im nördlichsten Bundesstaat. Außerdem ist ein

westdeutsches Bundesland für Erfolge der NPD deutlich weniger anfällig. Die Landespartei besaß aufgrund von Grabenkämpfen keine 150 Mitglieder, bot ein desolates Erscheinungsbild (mit vorbestraften und überforderten Kandidaten auf der Landesliste). Ihr fehlte im hohen Norden ein ansprechbares größeres Milieu. Trotzdem schnitt sie mit 1,9 Prozent der Stimmen besser als im Jahre 2000 ab. Für damalige Verhältnisse waren die 1,0 Prozent – sie hatte damit die Marke für die Parteienfinanzierung erreicht – ein gutes Ergebnis.

Tabelle 1: Landtagswahl Schleswig-Holstein 2005 (Stimmen in Prozent)*

SPD	38,7	(- 4,4)
CDU	40,2	(+ 5,0)
FDP	6,6	(- 1,0)
Grüne	6,2	(0,0)
SSW	3,6	(- 0,5)
PDS	0,8	(- 0,6)
NPD	1,9	(+ 0,9)
Graue	0,5	(+ 0,2)
Partei Bibeltreuer Christen	0,2	(0,0)
DKP	0,1	(-)
DSP	0,2	(- 0,4)
Familie	0,8	(-)
Offensive D	0,1	(-)

* Die Angaben in Klammern beziehen sich auf die Veränderungen gegenüber der letzten Landtagswahl im Jahr 2000 (in Prozentpunkten).

Quelle: Zusammenstellungen nach den amtlichen Wahlstatistiken.

Ansonsten überraschte der Wahlausgang (vgl. Tabelle 1). Die CDU gewann 1,5 Punkte mehr als die SPD, die insgesamt Einbußen von 5,0 Prozentpunkten hinnehmen mußte. Dieser wurde weniger Kompetenz in Sachfragen zugeschrieben als jener. CDU und FDP lagen zwar vor SPD und den Grünen, konnten aber wegen des Südschleswigschen Wählerverbands, der Vertretung der dänischen Minderheit, die vom Überwinden der Fünfprozentklausel ausgenommen ist (diesmal erreichte er 3,6 Prozent der Stimmen und damit zwei Mandate), was von der Rechtsprechung gutgeheißen wird, in der Literatur zum Teil als kritikwürdig gilt (Kühn 1991),² nicht zusammen regieren. Nur um wenige tausend Stimmen verfehlten CDU und FDP die Mandatsmehrheit. Es kann nicht empirisch bewiesen werden: Aber die Nadelstiche des FDP-Chefs Kubicki gegenüber Carstensen dürften dieses eine Mandat gekostet haben. Dem SSW oblag damit die Funktion eines Züngleins an der Waage.

Er wollte die bisherige Koalition aus SPD und den Grünen unterstützen, ohne selbst Koalitionspartner zu werden. Dieses angestrebte Bündnis, eine Minderheitsregierung, zog vielfach Kritik auf sich, weil die Koalition nicht toleriert, sondern aktiv unterstützt werde. Außerdem sei ein solches Bündnis labil. Die CDU propagierte daher eine große Koalition unter ihrer Führung. Da die SPD diesen Vorschlag abgelehnt hatte, stellte sie mit Peter Harry Carstensen einen Gegenkandidaten zu Heide Simonis auf. Die Ministerpräsidentin erreichte in vier Wahlgängen – dies ist einmalig in der Geschichte der Bundesrepublik – nicht die absolute Mehrheit der Stimmen. Ihr fehlte ebenso eine Stimme wie Carstensen, so dass ein Patt

entstanden war. Ein Abgeordneter aus den Reihen der SPD, der Grünen und des SSW hatte Heide Simonis die Gefolgschaft versagt. Nach diesem Desaster fand sich die SPD zu einer großen Koalition unter Peter Harry Carstensen bereit. Heide Simonis zog sich, verbittert von der Politik, ins Privatleben zurück.

3. Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen

Die Landtagswahl am 22. Mai 2005 im bevölkerungsreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen warf ihre Schatten voraus. Während für Schwarz-gelb das Ende der letzten rot-grünen Koalition als Vorbote des Endes der Koalition im Bund firmierte, wollten Sozialdemokraten und Grüne eine bundespolitische Trendumkehr einleiten und die letzte rot-grüne Koalition auf Bundesebene bewahren. Die SPD hatte von 1966 an in ihrem Stammland³ die Regierung gestellt, zunächst mit der FDP, dann allein, später (ab 1995) mit den Grünen. Einigkeit herrschte weithin in dem folgenden Punkt: Zwar sei der Ausgang dieser Wahl von großer Tragweite für alle politischen Kräfte, doch stünde weder ein Rücktritt des Kanzlers noch eine Neuwahl im Bund an.

Die Koalition lag nach den Ermittlungen der Meinungsforschung deutlich hinten – wegen eigener Fehler, weniger wegen der Konkurrenz. Franz Münteferings Kapitalismus-Schelte, gegen die die Union nur halbherzig anging, sollte die SPD wieder in die Offensive bringen, der im Fernsehen live übertragene Auftritt Joschka Fischers vor dem Untersuchungsausschuss zur Visa-Affäre die Wählerschaft der Grünen mobilisieren. Aber der Verdross mit der Politik der Bundesregierung war groß, ein Stimmungswechsel zur Umkehr der Wechselstimmung kurzfristig nur schwer möglich.

Die Aussichten der rot-grünen Regierung waren wenig verheißungsvoll, auch wenn Ministerpräsident Peer Steinbrück, der kurz vor der Wahl auf leichte Distanz zu den Grünen ging, mehr Popularität genoss als sein Herausforderer Jürgen Rüttgers. Die SPD befürchtete, nicht nur Stimmen an die CDU abgeben zu müssen, sondern auch an die neue „Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ (WASG) auf dem linken Spektrum. Die im Januar 2005 als Partei ins Leben gerufene WASG, die 14 Tage vor der nordrhein-westfälischen Landtagswahl ihren ersten Parteitag abgehalten hatte, zog massiv gegen den „Neoliberalismus“ zu Felde, befürwortete einen gesetzlichen Mindestlohn und kürzere Arbeitszeiten. Bei der WASG, der es an bekannten Namen fehlt, dominieren von der SPD enttäuschte linke Gewerkschaftler. Trotskistische Gruppierungen („Sozialistische Alternative“ und „Linksruck“) suchen mit ihrer Strategie des Entrismus die Partei, die Kommunisten ausdrücklich willkommen heißt, regelrecht zu unterwandern. Hieß es bei der WASG „eine andere Politik ist möglich“, tauschte die PDS „andere“ durch „bessere“ aus. Direkte Bezugnahme auf die linke Konkurrenz vermieden die Postkommunisten. Gelang es der WASG in allen 128 Wahlkreisen Kandidaten aufzustellen, schaffte dies die PDS nur in 116. (Notwendig waren dafür 100 Unterstützerunterschriften pro Wahlkreis). Die Teilnahme in möglichst vielen Wahlkreisen war deshalb wichtig, weil die Wähler in Nordrhein-Westfalen bloß eine Stimme besitzen, die für den Wahlkreisbewerber und seine Partei gleichermaßen zählt. Da die Grup-

pierungen ihre mangelnde Attraktivität kannten, stellten sie maßgeblich auf „Protest“ ab, vornehmlich gegen die Hartz IV-Gesetzgebung.

Tabelle 2: Landtagswahl Nordrhein-Westfalen 2005 (Stimmen in Prozent)*

SPD	37,1	(- 5,7)
CDU	44,8	(+ 7,9)
FDP	6,2	(- 3,7)
Grüne	6,2	(- 0,9)
REP	0,8	(- 0,3)
PDS	0,9	(- 0,2)
Unabhängige Bürger	0,1	(- 0,2)
Partei Bibeltreuer Christen	0,1	(0,0)
Familien-Partei Deutschlands	0,1	(+ 0,1)
Die Tierschutzpartei	0,1	(+ 0,1)
Bürgerrechtsbewegung Solidarität	0,1	(+ 0,1)
NPD	0,9	(+ 0,9)
Ökologisch-Demokratische Partei	0,2	(+ 0,2)
BGD	0,0	(0,0)
Unabhängige Arbeiter-Partei	0,0	(0,0)
Graue	0,2	(-)
WASG	2,2	(-)
Die Partei	0,0	(-)
AMP	0,0	(-)
Zentrum	0,0	(-)
LD	0,0	(-)
Offensive D	0,0	(-)
Unabhängige Kandidaten	0,0	(-)

* Die Angaben in Klammern beziehen sich auf die Veränderungen gegenüber der letzten Landtagswahl im Jahr 2000 (in Prozentpunkten).

Quelle: Zusammenstellung nach den amtlichen Wahlstatistiken.

Das Ergebnis in Nordrhein-Westfalen (vgl. Tabelle 2) entsprach für die SPD einem Menetekel. Zum elften Mal nach der Bundestagswahl 2002 musste die SPD angesichts hoher Arbeitslosigkeit Stimmeneinbußen hinnehmen, diesmal in Höhe von 5,7 Punkten. Allerdings zeigen die Ergebnisse der SPD seit 1985 auch Verschleißerscheinungen in ihrem Kernland: 52,1 Prozent – 50,0 Prozent – 46,0 Prozent – 42,8 Prozent – 37,1 Prozent. Die negative Wahrnehmung der politischen und wirtschaftlichen Situation wurde der Hauptregierungspartei im Bund und im Land zum Verhängnis.

Die Niederlage von Rot-grün war nur bedingt ein Sieg von Schwarz-gelb, auch wenn die CDU ein Plus von 7,9 Punkten zu verzeichnen vermochte. Sie wies zwar deutlich bessere Kompetenzwerte in fast allen wesentlichen Politikfeldern auf, aber keine guten. Das gilt für den Arbeitsmarkt ebenso wie für Schule und Bildung, weniger für die Familienpolitik und gar nicht für den Komplex der sozialen Gerechtigkeit. Die Zahl der Wähler, die weder der einen noch der anderen Partei die Lösung gravierender Probleme zutrauen, ist groß.⁴ Viele hatten das Doppelspiel der SPD – das Spiel mit verteilten Rollen – als populistisch und wenig glaubwürdig angesehen: einerseits mit Müntefering den Kapitalismus zu schelten, andererseits

mit Schröder und Steinbrück die Großreform einschließlich der unvermeidlichen sozialen Einschnitte fortzuführen.

Das magere Ergebnis für die kleineren Parteien hing zum einen wesentlich mit der Polarisierung zwischen Schwarz und Rot und ihren Spitzenkandidaten zusammen, zum anderen mit dem Einstimmensystem, das die Liberalen und die Grünen benachteiligte. Eine „Koalitionswahl“ war so nicht möglich. Die Tatsache, dass mit Bärbel Höhn und mit Michael Vesper zwei Politiker zehn Jahre lang als Minister fungierten, nutzte den Grünen wenig. Zum ersten Mal nach der Bundestagswahl 2002 erlitt die Partei bei einer Landtagswahl Verluste. Während die WASG immerhin 2,2 Prozent erhielt (vor allem von ehemaligen SPD-Wählern), scheiterten die anderen Parteien an der für die Wahlkampfkostenerstattung wichtigen Hürde von einem Prozent. PDS und NPD erzielten jeweils 0,9 Prozent der Stimmen.

Nach der Wahl wurde Jürgen Rüttgers zum Chef einer schwarz-gelben Regierung gewählt. Nicht der Ex-Ministerpräsident Peer Steinbrück übernahm das Amt des Fraktionsvorsitzenden, sondern Hannelore Kraft, die bisherige Ministerin für Wissenschaft und Forschung. Der alte Parteichef Harald Schartau, ehemaliger Minister für Arbeit und Wirtschaft, musste sein Amt aufgeben. Verzichtete Steinbrück auf den Fraktionsvorsitz freiwillig, so galt das nicht für Schartau, der gerne Parteivorsitzender geblieben wäre.

4. Neuwahlankündigung, gescheiterte Vertrauensfrage, Auflösung des Bundestages

Die Wahlniederlage der SPD in Nordrhein-Westfalen und damit die Beendigung der letzten rot-grünen Koalition auf Landesebene versuchten Gerhard Schröder und Franz Müntefering mit einem Befreiungsschlag zu konterkarieren: dem Angebot von Neuwahlen. Noch am Wahlabend überraschten sie die gesamte politische Öffentlichkeit. Schröder sah keine sichere Kanzlermehrheit mehr und wollte mit der Neuwahl eine Abstimmung über seine Reformpolitik (u.a. Agenda 2010) herbeiführen. Er gab damit die Hoffnung auf, die Reformen könnten bis zur Bundestagswahl greifen und einen Aufschwung einleiten. Nicht nur der Koalitionspartner, sondern auch die eigene Partei war überrascht. Doch unterstützte diese Schröder bei seinem Unterfangen, die Partei der Grünen allerdings eher reserviert. Alle Parteien wünschten Neuwahlen. Der Weg zu diesen führte nur über die komplizierte Prozedur der Vertrauensfrage. Die Voraussetzung für eine Parlamentsauflösung war lediglich bei einem Scheitern der Vertrauensfrage erfüllt.

Am 1. Juli stellte Kanzler Gerhard Schröder die Vertrauensfrage. Er begründete diese mit seiner nicht mehr vollen Handlungsfähigkeit. Es muss klar sein, „dass dort, wo Vertrauen nicht mehr vorhanden ist, öffentlich nicht so getan werden darf, als gäbe es dieses Vertrauen. [...] Eine Bewertung der politischen Kräfteverhältnisse vor und nach der Entscheidung, Neuwahlen anzustreben, muss dazu führen – dessen bin ich ganz sicher –, dass ich unter den aktuellen Bedingungen nicht auf das notwendige, auf stetiges Vertrauen im Sinne des Art. 68 Grundgesetz rechnen kann.“⁵ Tatsächlich schien die Kanzlermehrheit nicht gefährdet. Gleichwohl kam das gewünschte Ergebnis zustande: 151 Personen votierten mit Ja, (vor allem aus

den Reihen der SPD), 148 enthielten sich und 296 stimmten mit Nein (alle Unions- und FDP-Abgeordneten sowie die Fraktionslosen Martin Hohmann, Gesine Löttsch und Petra Pau). Nur Werner Schulz von den Grünen, der sich ostentativ nicht an der Abstimmung beteiligt hatte, machte auf die Inszenierung der Abstimmungsprozedur aufmerksam.

Bundespräsident Horst Köhler versagte sich in seiner Fernsehansprache vom 20. Juli nicht dem Wunsch Schröders, löste das Parlament auf und legte Neuwahlen für den 18. September fest. Er sprach die gewaltigen Aufgaben an, vor denen der deutsche Staat stünde (Arbeitslosigkeit, kritische Lage der Haushalte, Krise der föderalen Ordnung, demographische Probleme). Die Begründung für seinen Schritt orientierte sich eng am Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1983 (Heyde/Wöhrmann 1984) „Nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 1983 hat der Bundespräsident die Entscheidung des Bundeskanzlers zu beachten, es sei denn, eine andere Einschätzung ist eindeutig vorzuziehen. Ich habe Respekt vor allen, die gezweifelt haben, und ich habe ihre Argumente gehört und ernsthaft gewogen. Doch ich sehe keine andere Lagebeurteilung, die der Einschätzung des Bundeskanzlers eindeutig vorzuziehen ist. Ich bin davon überzeugt, dass damit die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen für die Auflösung des Bundestages gegeben sind.“⁶

Den beiden Klagen von der SPD-Abgeordneten Jelena Hoffmann und von Werner Schulz aus den Reihen der Grünen gaben politische Beobachter wenig Chancen, obwohl kaum ein Zweifel daran besteht, dass die Niederlage bei der Vertrauensfrage getürkt war. Ein Nein des Bundesverfassungsgerichts hätte eine Staatskrise ausgelöst. Das Gericht mochte aber dem Kanzler, dem Parlament und dem Präsidenten keine schallende Ohrfeige erteilen, zumal alle Parteien Neuwahlen wünschten und der Bundespräsident sich an dem Urteil des Gerichts aus dem Jahre 1983 orientiert hat. Der Wahl am 18. September steht nichts mehr im Wege, wenn gleich nicht alle Richter ihr Plazet gaben.

5. Parteikonstellationen, Wahlprogramme und Wahlkampfbeginn

Kurz nach der Ankündigung von Neuwahlen ging die SPD zunehmend auf Distanz zu den Grünen und bekundete, ohne Koalitionsaussage in den Wahlkampf zu ziehen. Für viele Wähler gilt das „rot-grüne Projekt“ (Egle/Ostheim/Zohnhöfer 2003; Sturm 2003; Geyer/Kurbjuweit/Schnibben 2005) als Auslaufmodell. Die FDP machte im Gegensatz zur Bundestagswahl 2002 diesmal eine klare Koalitionsaussage zugunsten der Union. Die PDS schließlich nannte sich in „Linkspartei. PDS“ (Kurzform: Die Linke) am 17. Juli um. Hintergrund dafür war der innerhalb der nächsten beiden Jahre in Auge gefasste Zusammenschluss mit der vor allem im Westen des Landes aktiven WASG. Oskar Lafontaine, Vorsitzender der SPD zwischen 1995 und 1999, hatte die SPD gleich nach der nordrhein-westfälischen Landtagswahl 2005 verlassen, seine Kritik am „Neoliberalismus“ zugespitzt (Lafontaine 2005) und sich als Spitzenkandidat für die WASG zur Verfügung gestellt. Deren Repräsentanten kandidieren wegen des Verbots von Listenverbindungen auf „offe-

nen Listen“ der umbenannten PDS.⁷ Gregor Gysi und Oskar Lafontaine sind die Aushängeschilder der Linkspartei und der WASG (Jesse 2005).

Im diesmal kürzeren und daher auch billigeren Wahlkampf buhlen die Parteien um die Gunst der Stamm-, der Wechsel- und der bisherigen Nichtwähler. In den binnen knapper Zeit verabschiedeten Wahlprogrammen⁸ versprechen sie dem Bürger, was sie verwirklichen wollen, wenn sie an die Regierung kommen bzw. an ihr bleiben. Wähler nehmen diese Programme oft nicht hinreichend zur Kenntnis. Sie spielen bei dem Votum der Bürger daher nicht die entscheidende Rolle (Strohmeier 2002). Einen größeren Einfluss haben die Spitzenkandidaten der Parteien sowie die Einschätzung der bisherigen Politik. Gleichwohl sind Wahlprogramme wichtig, weil sie den Kurs der Partei markieren. Keine Partei will sich nach der Wahl vorhalten lassen, ihre Versprechen gebrochen zu haben. Insofern sind sie vage abgefasst. So bekennt sich die SPD zu den eingeleiteten Reformen, und Angela Merkel tritt nicht in die Fußstapfen Margaret Thatchers, der „Eisernen Lady“ Großbritanniens. Beide großen Parteien wollen ihre Wähler nicht verprellen, sind bei konkreten Angaben eher reserviert. Bedeutender als jedes Wahlprogramm ist die praktische Politik. So war von der „Agenda 2010“ im SPD-Wahlprogramm des Jahres 2002 nicht die Rede. Die Parteien halten sich zum Teil bedeckt, wie sie ihre „guten Taten“ finanzieren wollen. Von Ausgaben ist viel die Rede, von Einsparungen und Einnahmen weniger. Insofern sind diese Programme oft nicht ausreichend „gegengerechnet“, entsprechen sie zum Teil ungedeckten Schecks. Die Union will die Mehrwertsteuer von 16 auf 18 Prozent erhöhen, die SPD eine „Steuer für die Reichen“ einführen, die Linkspartei das Ehegattensplittung abschaffen, die FDP die Bundesagentur für Arbeit mehr oder weniger auflösen, die Partei der Grünen den Spitzensteuersatz anheben.

Alle Wahlprogramme stellen die Frage nach mehr Arbeitsplätzen in den Vordergrund. Sie wissen, dass dies das zentrale, wohl das die Wahl entscheidende Thema ist. So nimmt bei den Grünen zum ersten Mal nicht die Ökologie den zentralen Platz ein, sondern die Arbeitsmarktpolitik. Die Regierung Kohl war hier nicht erfolgreich, die Regierung Schröder noch weniger. Die Zahl von über fünf Millionen Arbeitslosen spricht Bände. Union und FDP plädieren für eine Lockerung des Kündigungsschutzes. Die FDP setzt sich konsequent für Steuersenkungen ein, will damit die Konjunktur anheizen und so Arbeitsplätze schaffen. Im Gegensatz zur SPD akzeptieren die beiden Oppositionsparteien Lohnflexibilität. Keine Partei sagt offen: Annähernde Vollbeschäftigung dürfte nicht erreichbar sein. Die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass die Zahl der Arbeitslosen zurückgeht. Die Vorschläge der Union und der FDP sehen stärker Einschnitte in das soziale Netz vor (die Liberalen mehr als die Christdemokraten), während die SPD, weit massiver noch die Linkspartei, eher eine an Umverteilung ausgerichtete Politik propagiert. Die Position der Grünen ist etwa in der Mitte angesiedelt.

Keine Partei sagt klar, auf welche Art und Weise die Finanzen des Bundes zu sanieren seien. Mit dem pauschalen Hinweis auf die Kürzung von Subventionen ist es nicht getan. Vor allem wird nicht hinreichend deutlich: Die Probleme des Arbeitsmarkts, des Gesundheitssystems, der Familienpolitik, der Rentenkasse sowie der Pflegeversicherung hängen eng miteinander zusammen. Die Linkspartei will das Füllhorn der sozialen Wohltaten weiter aktivieren. Dass so eine Sanierung des

Haushalts in immer weitere Ferne rückt, liegt auf der Hand. Die Versprechungen der Linkspartei sind wohl kaum finanzierbar: Neben einem Mindestlohn von nicht weniger als 1400 Euro fordert die Partei u.a.: „gebührenfreie Kitaplätze für alle Kinder, uneingeschränkter Rechtsanspruch auf Bildung, Erziehung und Betreuung von Anfang an, keine Anrechnung des Kindergeldes bei Beziehen von Arbeitslosengeld und Sozialhilfe, das Kindergeld soll von 154 auf 250 Euro erhöht werden, Ganztagsbetreuungsangebote für Kinder jeden Alters, damit beide Elternteile, aber auch Alleinstehende, erwerbstätig sein können.“⁹ Die Linkspartei weiß, dass ihre Forderungen nicht den Praxistest bestehen müssen. Einerseits will sie in der Opposition bleiben; andererseits lehnen die anderen Parteien ein Bündnis mit ihr ab. Das verwundert bei der Polemik der Partei nicht: „Hartz IV steht für Armut und Demütigung per Gesetz. Die Agenda 2010 steht für Wahlbetrug und Entsolidarisierung“.¹⁰ Immerhin erörtert die Partei dank einer Intervention Lafontaines „Nachbesserungen“. So soll die Höhe des Mindestlohns von 1400 auf 1200 bis 1250 Euro gesenkt werden.

Im anbrechenden Wahlkampf griff die SPD die Union wegen ihrer „sozialen Kälte“ an, während diese der Regierung vorwarf, ihre Versprechungen zumal auf dem als am wichtigsten angesehenen Feld der Arbeitsmarktpolitik nicht eingehalten zu haben: Die Zahl der Arbeitslosen sei nicht gesunken, sondern auf über fünf Millionen gestiegen. Paradox ist der folgende Umstand: Die Regierungsparteien, sie liegen in den Umfragen weit zurück, betreiben bereits jetzt eine Art „Oppositionswahlkampf“ gegen die Oppositionsparteien CDU/CSU und FDP, die ihrerseits derart staatsmännisch auftreten, als kämen sie bald an die Regierung.

Was so nicht vorherzusehen war: Fünfzehn Jahre nach der deutschen Einheit bildete die Frage von Ost und West einen Schwerpunkt in der ersten Phase des Wahlkampfes, wohl deshalb, weil die Linkspartei in den neuen Bundesländern bei den Meinungsumfragen an erster Stelle rangiert. Während die SPD das Arbeitslosengeld II im Osten auf das Niveau des Westens angleichen will, hält die Union dies aus finanziellen Gründen nicht für machbar. Die Union hinterließ beim Thema Ost bisher einen eher unglücklichen Eindruck. Zunächst überlegte sie, ob eine unterschiedliche Wahlstrategie in beiden Deutschland angebracht sei. Danach machte der brandenburgische Innenminister Jörg Schönbohm damit (negative) Schlagzeilen, die mehrfachen Kindstötungen in einem brandenburgischen Ort auf die „erzwungene Proletarisierung in ländlich-strukturierten Räumen“¹¹ durch die SED zurückzuführen. Viele Ostdeutsche fassten das als Kritik an ihnen auf. Und Edmund Stoiber ließ sich in einer Wahlkampfreden zur folgenden Äußerung hinreißen: „Wir leisten jedes Jahr etwa 120 bis 130 Milliarden Euro Finanzausgleich zur Aufbausituation der neuen Länder. Aber es darf nicht sein, und das ist der Appell auch an alle Vernünftigen – es darf nicht sein, dass letztlich die Frustrierten über das Schicksal Deutschlands bestimmen.“¹² Laut Stoiber, dem im Osten Empörung entgegenschlug, waren mit den „Frustrierten“ Gysi und Lafontaine gemeint. Vielleicht zielte sein kalkuliertes Diktum auf eine Mobilisierung westdeutscher Wähler. Jedenfalls erhielt der parteipolitische Gegner die Möglichkeit, vor einer erneuten Spaltung Deutschlands zu warnen. Gleichwohl änderte dies nichts an der verbreiteten Wechselstimmung.

5. Abschließende Überlegungen

Die Landtagswahl in Schleswig-Holstein brachte der SPD eine kleine Niederlage (sie blieb zwar in der Regierung, aber nur noch als Juniorpartner der CDU), die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen bescherte der SPD eine große Niederlage (sie musste nach 39 Jahren in die Opposition). Hier gab es einen ungefilterten Regierungswechsel. Die CDU gewann jeweils Stimmen dazu, im Gegensatz zur FDP, die jeweils Federn lassen musste. Die SPD verlor wie bei allen Landtagswahlen seit der Bundestagswahl 2002, freilich weniger als die CDU zu gewinnen vermochte. Die Grünen konnten ihre Erfolgsserie nicht fortsetzen.

Tabelle 3: Parlamentsparteien und Regierungsparteien 2005 im Vergleich zum vorherigen Wahlausgang (in Klammern)

	Parlamentsparteien (nach der Stärke)	Regierungsparteien
Schleswig-Holstein	CDU-SPD-FDP-B 90/Gr-SSW (SPD-CDU-FDP-B 90/Gr-SSW)	CDU-SPD (SPD-B 90/Gr)
Nordrhein-Westfalen	CDU-SPD-FDP-B 90/Gr (SPD-CDU-FDP-B 90/Gr)	CDU-FDP (SPD-B 90/Gr)

Quelle: Zusammenstellung nach den amtlichen Statistiken.

Obwohl Heide Simonis und Peer Steinbrück deutlich mehr Popularität als ihre Herausforderer genossen und genuin landespolitische Differenzen fehlten, nützte dies der SPD nichts. Die Wissenschaft streitet sich darüber, in welchem Umfang der Ausgang der Landtagswahlen, die als „Nebenwahlen“ firmieren, von bundespolitischen Rahmenbedingungen abhängt (Jesse 2004). Gewiss gibt es eine Regionalisierung des Wahlverhaltens (nur so lässt sich der Gewinn von 21,0 Prozentpunkten für die CDU bei der Wahl zur Hamburger Bürgerschaft 2004 erklären), aber die Erfahrungen von Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen in diesem Jahr gebieten den folgenden Schluss: Beide Wahlen waren von demselben bundespolitischem Trend geprägt, einer Absage an die sozialdemokratische Politik.

Die Initiative Gerhard Schröders, schnell zu Neuwahlen zu kommen, ging auf. Dennoch stehen die Aussichten für ihn nicht gut, seine Kanzlerschaft fortzusetzen. Vier Wochen vor der Bundestagswahl gibt es menschlichem Ermessen nach nur zwei Möglichkeiten: entweder ein ungefilterter Regierungswechsel in Form einer schwarz-gelben Koalition oder ein gefilterter Regierungswechsel in Form einer großen Koalition. In beiden Fällen hieße der Kanzler Angela Merkel. Die Linkspartei zieht mit großer Sicherheit in den Bundestag ein. Durch die heftige Kritik an der rot-grünen Reformpolitik ist ihre Ausgangsbasis deutlich besser im Vergleich zu 2002, als die PDS insbesondere vor einer Regierungsübernahme durch Schwarz-gelb gewarnt hatte. Eine rechtsextremistische „Opposition zum System“ wie die NPD steht ohne jede Chance da, ungeachtet vollmundiger Äußerungen. Auch ihr Vorhaben, mit Hilfe dreier gewonnener Direktmandate in den Bundestag zu gelangen, ist aussichtslos.

Es zeichnet sich ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen Schwarz-gelb und Rot-rot-grün ab. Sollte es für Schwarz-gelb nicht reichen, kommt aber keine linke Koa-

lition in Frage, da sie alle beteiligten Kräfte ausgeschlossen haben. Im Jahre 2002 wurde die Wahl im Osten Deutschlands entschieden: Wäre nur im Westen gewählt worden, hätte es eine schwarz-gelbe Koalition gegeben. Diesmal kann der Osten wieder das Zünglein an der Waage sein: Trägt die „Linkspartei“ aufgrund der dort hohen Unterstützung dazu bei, dass es weder für Schwarz-gelb noch für Rot-grün reicht, hält eine große Koalition Einzug. Hingegen überlagerte 1994 das Ergebnis im Westen das des Ostens, so dass eine Koalition der Union mit der FDP möglich wurde.

Bei einer schwarz-gelben Koalition wäre die Mehrheit im Bundesrat für diese Konstellation größer als bei einer schwarz-roten Koalition. Welche Koalition immer regiert: Sie ist angesichts der leeren Kassen und der mannigfachen Probleme etwa im Bereich der Arbeitsmarkt-, Gesundheits- und Rentenpolitik nicht zu beneiden. Wer das Staatsschiff wieder flott machen will, muss mutig in See stechen. Aber haben die Parteien dafür einen Kompass?

Anmerkungen

- 1 Der als „Barschel-Affäre“ nur ungenau beschriebene politische Skandal brachte zwar Björn Engholm in das Amt des schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten, doch zugleich bildete diese Affäre auch den Grund für seinen doppelten Rücktritt: vom Amt des Ministerpräsidenten wie vom Amt des Parteivorsitzenden.
- 2 Als besonders misslich gilt der Umstand, dass der SSW nach Einführung des Zweistimmensystems seit dem Jahre 2000 auch im Landesteil Holstein gewählt werden kann, obwohl dort die dänische Minderheit nicht ansässig ist.
- 3 Allerdings wird vielfach verkannt, dass die SPD mit Ausnahme der Wahl von 1966 erst von 1980 an mehr Stimmen als die CDU erzielt hatte.
- 4 So glauben 40 Prozent der Wähler Nordrhein-Westfalens, keine Partei könne die Verschuldung des Landes in den Griff bekommen. Vgl. Viola Neu, Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 22. Mai 2005, hrsg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin 2005, Anhang.
- 5 Deutscher Bundestag. Stenografischer Bericht, 185. Sitzung vom 1. Juli 2005 (Plenarprotokoll 15/185), S. 17467.
- 6 Fernsehansprache von Bundespräsident Horst Köhler am 21. Juli 2000, in: www.bundespraesident.de (22. Juli 2005).
- 7 Kritiker bemängeln, dass es sich um eine getarnte Listenverbindung handelt. Vgl. u.a. den Beitrag der ehemaligen Richter des Bundesverfassungsgerichts: Karin Graßhof/Hans H. Klein, Die Wahl wäre ungültig. Der Missbrauch des Wahlrechts durch Linkspartei und WASG, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 6. August 2005, S. 10. Die Landeswahlauschüsse ließen am 19. August alle Landeslisten der PDS unbeanstandet zu
- 8 Die nachfolgenden Aussagen beziehen sich auf diese Wahlprogramme: Vertrauen in Deutschland. Das Wahlmanifest der SPD (4. Juli, 43 Seiten); Deutschlands Chancen nutzen. Wachstum. Arbeit. Sicherheit. Regierungsprogramm 2005 – 2009 [der CDU und CSU] (11. Juli, 39 Seiten); Wahlprogramm [der Grünen] (9./10. Juli, 55 Seiten); Arbeit hat Vorfahrt. Deutschlandprogramm 2005 [der FDP] (25. Juli, 53 Seiten); Für eine neue soziale Idee. Die Linke. PDS (16. Juli, 30 Seiten).
- 9 Für eine neue soziale Idee. Die Linke. PDS, S. 16.
- 10 Ebenda, S. 5.
- 11 Zitiert nach: Reiner Bürger/Frank Pergande, Ein Schlag ins Kontor. Die ostdeutsche CDU nach Schönbohms Äußerung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 6. August 2005, S. 4.
- 12 Zitiert nach Albert Schäffer, Der Allzuständige. Ministerpräsident Edmund Stoiber, seine klugen Bayern und der Wahlkampf, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 12. August 2005, S. 3.

Literatur

- Egle, Christoph/Tobias Ostheim/Reimut Zohlhöfer (Hrsg.), 2003: Das rot-grüne Projekt. Eine Bilanz der Regierung Schröder 1998-2002, Wiesbaden.
- Feist, Ursula/Hans-Jürgen Hoffmann, 2001: Die nordrhein-westfälische Landtagswahl vom 14. Mai 2000: Gelbe Karte für Rot-Grüne. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 32, S. 124-145.
- Geyer, Matthias/ Dirk Kurbjuweit/Cordt Schnibben, 2005: Operation Rot-Grün. Geschichte eines politischen Abenteuers, München.
- Heberle, Rudolf, 1963: Landbevölkerung und Nationalsozialismus. Eine soziologische Untersuchung der politischen Willensbildung in Schleswig-Holstein 1918-1932, Stuttgart.
- Heyde, Wolfgang/Gotthard Wöhrmann (Hrsg.), 1984: Auflösung und Neuwahl des Bundestages 1983 vor dem Bundesverfassungsgericht. Dokumentation des Verfahrens, Heidelberg.
- Hirscher, Gerhard, 2005: Zum Zustand des deutschen Parteiensystems. Eine Bilanz des Jahres 2004, München.
- Jesse, Eckhard, 2004: Die Wahlen im Jahre 2004. Trends und Perspektiven. In: Gesellschaft – Wirtschaft – Politik 53 (2004), S. 463-470.
- Jesse, Eckhard, 2005: Nach der gescheiterten Vertrauensfrage: Zur Lage der Parteien und des Parteiensystems in Deutschland. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 36, Heft 3 (i.E.).
- Kühn, Angelika, 1991: Privilegierung nationaler Minderheiten im Wahlrecht der Bundesrepublik Deutschland und Schleswig-Holsteins, Frankfurt a.M. u.a..
- Lafontaine, Oskar, 2005: Politik für alle. Streitschrift für eine gerechte Gesellschaft, Berlin 2005.
- Mnich, Peter, 2001: Die schleswig-holsteinische Landtagswahl vom 27. Februar 2000: Das erste Wählervotum nach der CDU-Finanzaffäre. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 32, S. 171-177.
- Strohmeier, Gerd, 2002: Moderne Wahlkämpfe – wie sie geplant, geführt und gewonnen werden, Baden-Baden.
- Sturm, Roland, 2003: Episode oder Projekt? Die rot-grüne Koalition seit 1998. In: Eckhard Jesse (Hrsg.), Bilanz der Bundestagswahl 2002. Voraussetzungen, Ergebnisse, Folgen, München, S. 139-152.